

## Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ)

**Fraktion(en):** FPÖ

**Regierungsmitglied(er):** Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer

### Betreff:

***Alljährlicher Einfall der Bettelbanden, doch Landesregierung bleibt untätig?***

Kaum steigen die Temperaturen, wird der steirischen Bevölkerung mit dem alljährlich im Frühjahr stattfindenden Einfall der Bettlerbanden suggeriert, dass dutzende, ja hunderte obdachlose Menschen in der Grünen Mark gezwungen wären, auf Knien bettelnd ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Es ist ein Anblick, der insbesondere Touristen erschauern lässt und eigentlich völlig konträr zu den sozialen Standards in Österreich steht.

Immer wieder sah sich die FPÖ mit Unwahrheiten seitens einer „Bettellobby“ konfrontiert, die stets behauptete, dass es sich bei den meisten Bettlern um Personen handle, die nicht Teil einer Organisation seien. Um ein für alle Mal Klarheit in dieser Angelegenheit zu schaffen, beauftragte man im Sommer des Jahres 2014 ein privates Sicherheitsunternehmen, die in Graz operierende Bettlerszene zu beleuchten. Dabei wurden die in der Innenstadt „erwerbstätigen“ Bettler bei ihren Aktivitäten beobachtet und mittels Foto- und Videoaufnahmen eindeutig überführt. Aus dem Abschlussbericht des Unternehmens ging hervor, dass die Bettler in zwei Gruppen eingeteilt werden können: Jene, die vom Ausland kommend in organisierten Einheiten gewerbsmäßig im groß angelegten Stil operieren und solche, die als Einzelpersonen um Geld betteln. Erstere haben in der Steiermark eine straffe Organisation mit einer klar geregelten Aufgabenverteilung für jedes Mitglied der Gruppe geschaffen. Aufgrund des von der Sicherheitsfirma aufgenommenen Bild- und Videomaterials konnte anschaulich belegt werden, dass ein Großteil der Grazer Bettelszene in mafiösen Strukturen organisiert ist.

Im Gegensatz zur aktuellen politischen Situation war man sich bereits vor Jahren einig, dass Betteln in der Steiermark verboten sein soll. So hielt Altlandeshauptmann Franz Voves fest: „*Eine Gesellschaft, die Betteln als einzige Einkommensoption akzeptiert, ist in meinen Augen eine unmenschliche Gesellschaft. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass in Österreich Betteln aus steuerlicher Sicht die achte Einkunftsart wird.*“ Auch der damalige ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler fand deutliche Worte: „*Ich für meinen Teil bin stolz darauf, dass wir in Österreich in einem Land leben, wo wir über Jahrzehnte, und zwar alle tragenden politischen Kräfte, über die Jahrzehnte einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat entwickelt haben, der es Gott sei Dank nicht notwendig macht, betteln zu müssen. [...] Bekennen Sie sich zu einer Konzeption der Sozialpolitik, die es ermöglicht, ohne Betteln das Auslangen zu finden.*“ (Quelle: Stenographische Protokolle, Landtagssitzung vom 15. Jänner 2011)

Das damalige Verbot zeigte rasch Wirkung und die Menschenhändler aus Osteuropa suchten das Weite. Einzig der Verfassungsgerichtshof machte dieser positiven Entwicklung einen Strich durch die Rechnung und kippte das absolute Bettelverbot in der Steiermark zugunsten der Ostblockbanden. Seit diesem Zeitpunkt dienen steirische Städte wieder als lukratives Betätigungsfeld für das Geschäft mit der Armut.

Die FPÖ setzte seit dem Jahr 2012 bereits unzählige Initiativen, um diesem Treiben auf den Straßen ein Ende zu bereiten. Nicht zuletzt brachte die freiheitliche Fraktion am 13. Oktober 2015 sowie am 27. April 2017 Anträge ein, in denen ein breites Maßnahmenpaket, unter anderem ein Verbot des Haus-zu-Haus-Bettelns, zur Lösung der Bettelproblematik gefordert wurde. Die steirischen Regierungsparteien waren und sind jedoch nicht bereit, eine Regelung zu finden, die den verfassungsrechtlichen Ansprüchen entspricht und unzählige Menschen vor moderner Sklaverei schützt. Die Anträge der FPÖ wurden direkt in einem Unterausschuss geparkt, der bisher erst ein einziges Mal im Mai 2017 zusammentrat. Die offensichtliche Weigerung von ÖVP und SPÖ die Thematik auch nur zu

diskutieren, ist ein Schlag ins Gesicht der leidgeplagten Bevölkerung. Es ist völlig unverständlich, warum Schwarz und Rot in Untätigkeit verharren, während unzählige Menschen zum Betteln auf steirischen Straßen und Plätzen gezwungen werden.

Es wird daher folgende

### **Frage**

gestellt:

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Lösung der Bettelproblematik setzen, um die SPÖ- und ÖVP-Landtagsfraktionen zur Aufgabe ihrer jahrelangen Blockadepolitik in dieser Thematik zu bewegen?

### **Unterschrift(en):**

LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ)